

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	40. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	25. Juli 2017, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

9.

Punkt 8 der Tagesordnung: Erhöhung der Benutzungsentgelte für städtische Kindertageseinrichtungen und Schülerhorte

Vorlage: 2017/0423

dazu:

Verzicht auf Erhöhung der Benutzungsentgelte - finanzieller Ausgleich für die freien Träger

Änderungsantrag: GRÜNE

Vorlage: 2017/0506

Beschluss:

Die Benutzungsentgelte der städtischen Kindertageseinrichtungen werden wie in den Anlagen 1 und 2 (jeweils Spalte 4) der Beschlussvorlage dargestellt, zum 01.01.2018 um durchschnittlich 5 % und zum 01.01.2019 um durchschnittlich 4 % erhöht.

Abstimmungsergebnis:

Beschlussvorlage: Bei 27 Ja-Stimmen und 18 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt.
Änderungsantrag GRÜNE: Bei 18 Ja-Stimmen und 27 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Der Vorsitzende setzt um 18:55 Uhr die unterbrochene Sitzung fort, ruft Tagesordnungspunkt 8 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Jugendhilfeausschuss.

Bürgermeister Lenz: Vor zehn Jahren hat der Karlsruher Gemeinderat beschlossen, Sie haben es ja in unserer Vorlage gelesen, dass sich die Benutzungsentgelte für städtische Kindertageseinrichtungen erhöhen, wenn die Elternbeiträge von den freien Trägern erhöht werden. Dieser Automatismus, dem wir alle ein bis zwei Jahre unterliegen, macht natürlich wenig Freude, und die Familienstadt Karlsruhe würde sich an der Stelle freuen, wenn die Beiträge auf einem Niveau wären. Das hatte alles mal seinen Sinn und Richtigkeit, hat es auch heute noch, allerdings gilt es auch in diesen Zeiten sich anzupassen, damit die Schere zwischen den Beiträgen von kirchenfreien Verbänden et cetera, im Vergleich zu den städtischen Beiträgen, nicht weiter auseinander triftet. Vier Sätze: Erstens, Sie wissen, wir sind eine Stadt die Subsidiarität groß schreibt. Im Gegensatz zum Beispiel zu Stuttgart, dort ist es genau umgekehrt, haben wir achtzig Prozent nichtstäd-

tische Kitas und Kindergärten und deswegen sind unsere Steuerungsmöglichkeiten, was die Beitragsgestaltung insgesamt anbelangt, natürlich mehr als bescheiden. Insofern können wir uns nur anpassen. Zweite Bemerkung, trotz der gemeinsamen Empfehlung der Kirchen und der kommunalen Landesverbände in Baden-Württemberg, die Kitabeiträge um acht Prozent aufzustocken, schlagen wir Ihnen für das Jahr 2018 die Erhöhung um durchschnittlich fünf Prozent und zum 1. Januar 2019 um durchschnittlich 4 Prozent vor. Dritte Bemerkung, da die freien Träger entsprechende Beitragsanpassungen bereits vorgenommen haben, bleibt der Abstand zwischen den Beitragsgefügen zwischen städtischen Einrichtungen und Einrichtungen der freien Träger dadurch weitgehend erhalten. Letzte Bemerkung, mit Blick auf den Antrag der GRÜNEN-Fraktion, eine Rückrechnung der bereits erhöhten Kitabeiträge der freien Träger, achtzig Prozent freie Träger, zwanzig Prozent städtisch, ist verwaltungsmäßig, hier steht nicht nur sehr aufwendig, es ist praktisch unmöglich. Es widerspricht aber auch dem Beschluss dieses Gemeinderates von 2007, und im Jugendhilfeausschuss haben wir bei drei Enthaltungen, einer Gegenstimme und zwölf Ja-Stimmen dieser Vorlage entsprochen, herzlichen Dank.

Der Vorsitzende: Damit hole ich nach, dass ich gleichzeitig den Änderungsantrag der GRÜNEN-Fraktion aufrufe und wir steigen in die Debatte ein.

Stadträtin Wiedemann (CDU): Auch wir erhöhen die Kindergartenbeiträge nicht gerne, das habe ich auch schon im Jugendhilfeausschuss im Namen unserer Fraktion mitgeteilt. Der Herr Bürgermeister Lenz hat erklärt, warum es nicht zu umgehen ist. Leider ist die Aufstellung oder die Evaluation, in der uns gezeigt wird, wie eine gestaffelte Kindergartenbeitragsrechnung aussehen könnte, noch nicht erfolgt. Wir hoffen immer noch, Frau Langeneckert, dass sie uns dieses Jahr vielleicht noch vorgelegt wird, sodass wir Beiträge entsprechend des Einkommens der Eltern festlegen können. Es tut uns leid, dass wir dies erhöhen müssen, wir sind moderat für die Erstkinder, also nicht für die Geschwisterkinder wird erhöht, sondern nur für die ersten Kinder im Kindergarten, und zwar nächstes Jahr um fünf Prozent und übernächstes Jahr um vier Prozent. Für unsere Familienstadt hört es sich etwas ungut an, aber ich denke, wir sind dabei unserer Qualitätsansprüche aufrecht zu erhalten. Wir haben Standards, die wirklich hervorragend sind und diese gilt es zu erhalten, und von daher denken wir, dass dieser moderaten Erhöhung nichts entgegensteht. Den Änderungsantrag der GRÜNEN tragen wir nicht mit.

Stadträtin Melchien (SPD): Auch die SPD-Fraktion wird der vorliegenden Beschlussvorlage zustimmen. Uns ist es ein großes Anliegen, dass es in Karlsruhe insgesamt genügend bezahlbare Kitaplätze gibt. Es ist richtig, dass die städtischen Einrichtungen innerhalb des Gebührenspektrums, das untere Ende bilden. Allerdings ist es wichtig, dass die städtischen Entgelte mit Augenmaß festgesetzt werden, damit nicht der vereinbarte Konsens oder auch notwendige Solidaritätsgedanke, zwischen Kommune einerseits und freien Trägern auf der anderen Seite, aufgekündigt oder gar ad absurdum geführt wird. Lassen Sie es mich deutlich sagen. Wir, die Stadt Karlsruhe, brauchen die freien Träger bei der Bewältigung der vor uns liegenden Schlüsselaufgabe, in den nächsten Jahren den Kitausbau nochmals massiv voranzutreiben. Sollten wir die geplante Erhöhung hier heute stoppen, ist dies nicht nur den freien Trägern gegenüber unsolidarisch, sondern auch gegenüber allen Eltern, die aufgrund ihres Wohn- oder Arbeitsplatzes gar

keine Möglichkeit haben, eine städtische Kita zu wählen. Das kann kein Ziel verantwortungsvoller Kommunalpolitik sein. Den Antrag der GRÜNEN-Fraktion muss man an dieser Stelle, wo wir uns nicht in Grundsatzdebatten oder auch in einer Haushaltsberatung befinden, sondern über eine Entgeltanpassung zu entscheiden haben, als zumindest schwierig bezeichnen. An dieser Stelle die Forderung aufzubringen, überplanmäßig viele Millionen Euro in die Hand zu nehmen, um den freien Trägern eine bereits auf den Weg gebrachte, Herr Bürgermeister Lenz hat es angesprochen, Beitragsanpassung zu ersparen, ist jenseits aller haushaltsrechtlicher Bedenken, ein aus unserer Sicht schwer nachvollziehbares Vorgehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns diese für die Situation in Karlsruhe richtige Entscheidung, der Anpassung der städtischen Kitabeiträge, beschließen und bis zu den nächsten Haushaltsbeschlüssen über die grundlegenden Weichenstellungen für die Zukunft der Kinderbetreuungssituation diskutieren. Frau Kollegin Wiedemann hat ja auch schon die Einkommensstaffelung, mit der wir uns gerade aktuell beschäftigen, angesprochen. Eines muss ich aus Sicht der SPD-Fraktion bereits heute und hier sagen, die Trägervielfalt zu erhalten, ist für uns zentraler Bestandteil unserer kommunalen Sozialpolitik und zwar ebenso wie auch weiter die Karlsruher Geschwisterkindregelung beizubehalten. Diese Unterstützung für Familien mit mehreren Kindern in Betreuungseinrichtungen, hat sich als wichtige und wirkungsvolle kommunale Familienförderung bewährt. Selbstverständlich auch neben diesen Erstsenkungsbeitragsanpassungen, die wir als Zuschuss den freien Trägern hier zur Verfügung stellen.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Ich gebe zu, es ist ein überraschender Vorstoß und es ist klar, dass das natürlich eine schwierige Sache ist, und die Rückmeldung der Stadt zeigt, dass es momentan im Augenblick wohl gar nicht umsetzbar ist, wie Sie ausgeführt haben, Herr Bürgermeister Lenz, rückwirkend diese Erhöhung nicht mehr möglich ist. Trotzdem war es für uns erst einmal wichtig, einen Vorstoß zu machen, der aufzeigt, wie wir dieses Dilemma lösen könnten. Wir müssen weiter darüber diskutieren, denn es ist eine Tatsache, dass wir alle wie wir hier sitzen der Meinung sind, Kindertagesstätten sind wichtige Bildungseinrichtungen für Kinder und Bildung an sich kostet in Deutschland nichts, außer im Kindergarten. Zu einer Zeit als Kindertagesstätten reine Betreuungseinrichtungen waren, das ist ja schon länger her, war es möglicherweise durchaus gerechtfertigt, aber heute wo es die Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit von Kindern im Wesentlichen auch abhängt, ob sie eine gut frühkindliche Bildung bekommen, da stellt sich dann schon die Frage, ob diese Einrichtungen langfristig etwas kosten dürfen oder ob wir das Ziel anstreben, und im Grunde streben wir es alle an, dass irgendwann zumindest die Kernaufgaben der Kindertagesstätten kostenfrei sind.

Jetzt haben wir natürlich das Dilemma, dass wir in Karlsruhe, Herr Bürgermeister Lenz, ich muss Sie ein bisschen korrigieren, neunzig Prozent freie Träger haben und zehn Prozent kommunale Kindertagesstätten. Das heißt, für die Versorgungssicherheit für Kindertagesstätten sind im Grunde die freien Träger zuständig, während wir als Stadt sagen könnten, und das haben wir GRÜNEN leider in der Vergangenheit immer gemacht, wir haben immer gesagt, wir erhöhen die städtischen Kindertagesstätten nicht, aber die Freien mussten. Deshalb sagen wir jetzt, dass wir einen Ausweg finden müssen, und dass kann nur bedeuten, dass wir insgesamt für die frühkindliche Bildung mehr Geld

ausgeben, und wenn wir mehr Geld ausgeben, dann für die freien Träger, sodass diese eben auch mal ihre Gebühren zumindest einfrieren können.

Das ist das Anliegen, dass wir damit verknüpfen und wir sehen aufgrund der Antwort, dass wir heute das Thema mit einer Abstimmung nicht lösen werden. Ich würde darum bitten, das in den Jugendhilfeausschuss beziehungsweise in die Kommission, die sich mit der Weiterentwicklung der Kitagebühren beschäftigt, einzuspeisen und dass wir dann gemeinsam darüber reden, inwieweit wir moderate Schritte ergreifen, um möglicherweise perspektivisch die Gebühren für die Kindertagesstätten zu reduzieren. Das ist uns ein wichtiges bildungspolitisches und familienpolitisches Anliegen, und wir hoffen, dass wir dann gemeinsam auf diesem Weg voranschreiten können. Das bedeutet nicht, dass wir auf Qualität verzichten - im Gegenteil - Qualität hat immer Priorität, denn nur wenn die Qualität stimmt, werden auch die Ziele erreicht. Aber die Sache ist die, dass es familienverträglich sein muss und die Familien perspektivisch entlastet werden und die Kindertagesstätten als Bildungseinrichtungen noch mehr aufgewertet werden müssen.

Stadtrat Braun (KULT): Es ist für uns heute ein Stück weit ein Dilemma. Auf der einen Seite will die KULT-Fraktion keinerlei Entgelterhöhungen zum aktuellen Zeitpunkt und stellt sich ganz klar hinter die Elternschaft. Auf der anderen Seite rutschen wir dadurch, dass inzwischen rund neunzig Prozent der Einrichtungen von freien Trägern getragen werden und diese eben erhöhen, in genau dieses Dilemma. Bürgermeister Lenz hat völlig recht damit, dass es zwischen freien und städtischen Trägern keine Preisunterschiede geben darf. Daher sagen wir, gleiches Preisniveau flächendeckend, aber eben in diesem ähnlich niedrigen Niveau wie bisher. Daher kommen wir aus diesem Dilemma nur durch den sehr guten Änderungsantrag der GRÜNEN heraus, der einen finanziellen Ausgleich gegenüber den freien Trägern fordert. Wir stimmen also gegen die Vorlage und danken den GRÜNEN für Ihren Antrag.

Stadtrat Jooß (FDP): Vorneweg, wir stimmen der Beschlussvorlage uneingeschränkt zu, denn wir sollten alle aus den Erfahrungen des letzten Haushaltes wissen, was es bedeutet, wenn wir Gebühren exorbitant erhöhen, wie zum Beispiel die Handwerkerparkkarte um einhundert Prozent oder bei der Außenbewirtschaftung der Gastronomie, aber auch beim Zoo, der jahrelang auf einem viel zu niedrigem Niveau, viel zu billig war. Es gibt hierfür noch viele andere Beispiele. Die Haushaltskonsolidierung ist ein leuchtendes Beispiel dafür, dass uns das bei den Kindertagesstätten nicht mehr passieren sollte, das sollte uns eine Warnung sein. Aber alle besseren Standards sind gut ausgebildete Erzieherinnen, denen eine adäquate Entlohnung zusteht. Ich muss schon fragen, geht das nicht immer mit den gleichen Gebühren, zu denen die Eltern nur einen kleinen geringen Beitrag bezahlen? Den GRÜNEN-Antrag lehnen wir ab, sowohl aus vorgenannten Gründen als auch wegen der Gleichstellung der öffentlichen Hand und den freien Trägern, denn die Letzteren können sich nicht am Steueraufkommen bedienen. Sie sind gezwungen, marktgerecht zu handeln.

Die Mehrerträge sind 170.000 Euro für 2017 und 320.000 Euro für 2018, die brauchen wir dringend, um unsere gute Qualität zu erhalten, die GRÜNEN wollen keine Erhöhung, das bedeutet eine halbe Million Euro weniger. Sie wollen noch mehr, nämlich das Delta zu den freien Trägern schließen. Das ist eine weitere Million Euro oder noch mehr,

die wir aufbringen müssen. Ich sage deshalb immer und immer wieder, die GRÜNEN haben von Betriebswirtschaft und Finanzen keine Ahnung. Die eiern lieber wegen 40.000 Euro für die Leichtbauhalle herum, das ist für uns nicht tragbar. Deshalb unsere Ablehnung des Zusatzantrages.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Wenn man einmal in die Schweiz schaut oder nach USA und sieht, was man dort für ein Kind in einem Betreuungsplatz bezahlen muss, dann merkt man, wie sehr die Stadt hier bei uns die Eltern unterstützt. Denn der größte Teil von dem was zu bezahlen ist, bezahlt die Stadt. Vielen Eltern ist gar nicht klar, wie gut wir es hier eigentlich haben, wie groß der Anteil ist, der von der Stadt getragen wird. Wenn man sich hier in unserer Umgebung umschaute und mit Kollegen spricht, wie ich das getan habe, werden wir um die Geschwisterkindregelung, die wir hier in Karlsruhe haben, beneidet. Auf diese Regelung können wir wirklich stolz sein. Wenn wir aber über den Rhein nach Rheinland-Pfalz schauen, sieht das Bild ganz anderes aus. Dort ist der Kindergarten umsonst, Stichwort Standortfaktor, das zeigt auch, dass es möglich ist. Wenn man also sieht, wie groß der Anteil ist, den wir als Stadt oder Staat insgesamt an der Betreuung der Kinder schon leisten, dann kommt es doch auf den Rest nicht mehr an. Wir müssen daran erinnern, dass wir pro Jahr zwanzig bis vierzig Milliarden Euro pro Jahr für Migranten ausgeben, wir geben zwanzig Milliarden Euro pro Jahr für eine Energiewende aus, die bisher noch nicht zu einer nennenswerten Erreichung ihres Ziels, nämlich der CO₂-Reduktion, beigetragen hat. Wenn wir im Jahr soviel Geld für Dinge ausgeben die gar nichts bringen, dann müsste auch dieser geringe Anteil an der Betreuung der Kinder, der von den Eltern noch zu tragen ist, müsste eigentlich auch drin sein. Dann hätte man endlich mal soziale Gerechtigkeit, was die Kinderbetreuung angeht.

Deswegen sind wir von der AfD der Meinung, dass die Vorlage der Stadt hier in die falsche Richtung geht. Wir müssen dahin kommen, dass wir den Kindergarten und die Kinderbetreuung frei machen, nicht nur für die Zweitkinder oder für die Drittkinder - für die gilt das ja auch nur, so lange das erste Kind im Kindergarten ist, wenn das erste Kind dann nicht mehr betreut wird, fällt das dann auch weg - sondern für alle Kinder. Für alle Kinder muss künftig in Karlsruhe die Kinderbetreuung umsonst sein, denn dann werden auch wirklich alle Kinder, die es benötigen, dort hingebacht werden. Deswegen sind wir den GRÜNEN dankbar für den Antrag und ganz ehrlich, ich kann die buchhalterischen Bedenken, die da vorgebracht werden, überhaupt nicht nachvollziehen. Stichwort Geschwisterkindregelung, da ist es die Stadt, die den Beitrag, den man den Trägern geleistet hat, bezahlt. Das heißt, man bezahlt den Trägern ganz normal die Gebühren auch für das zweite Kind und hinterher bekommt man das Geld von der Stadt erstattet.

Wenn wir also jetzt als Gemeinderat beschließen, nein, wir erhöhen die Gebühren nicht, könnte man die genauso den Eltern wieder erstatten, also sie bezahlen die erhöhten Gebühren an die freien Träger und bekommen sie hinterher auf Antrag von der Stadt zurückerstattet. Das wäre eine Möglichkeit wie man den Vorschlag von der Frau Rastätter, ohne Probleme umsetzen könnte. Die Argumente, dass es aus buchhalterischen Gründen nicht geht, kann ich nicht nachvollziehen. Ich finde, wir müssen in die Richtung gehen, dass wir die Eltern entlasten und wir müssen genau den Leuten die

Schwierigkeiten haben diesen Beitrag aufzubringen, helfen und ihnen ermöglichen ihre Kinder auch ohne Kosten in den Kindergarten schicken zu können.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Zunächst muss ich dem Kollegen Schmidt doch hier aufs Heftigste widersprechen und auch angreifen, wenn er sagt, wir geben so viele Milliarden Euro für Migranten aus, und er sagt, das hätte alles nichts gebracht. Vorhin hat er sich noch als Antirassit präsentieren wollen, also vielen Dank für die Entlarvungen, die da ab und zu mal rausrutschen. Zum Kollegen Jooß möchte ich sagen, auch wenn er in die Fraktion der FDP gehört, vielleicht fragt er mal den Kollegen, der mehr aus der Bildung kommt. Wir sollten, glaube ich, pädagogisch sinnvolle Tageseinrichtungen nicht betriebswirtschaftlich bewerten und anderen nicht vorwerfen sie können nicht rechnen. Hier geht es jetzt erst mal um den Inhalt und nicht um die Betriebswirtschaft, sondern um das, was wir wollen, und wenn wir etwas qualitativ Hochwertiges für unsere Kinder wollen, dann kostet das Geld. So ist das einfach. Vor einigen Haushalten, liebe Kolleginnen und Kollegen, hatte die Linke vorgeschlagen, den Anteil der kommunalen Tageseinrichtungen von damals zwanzig Prozent, heute zehn Prozent, auf fünfzig Prozent anzuheben. Wir haben auch Argumente gebracht, wenn wir immer nur privatisieren, dann haben wir nicht mehr die Handhabe, die Qualität zu sichern und selbst etwas vorzulegen, damit andere Private dem positiv folgen müssen.

Was machen wir heute? Heute setzten wir auf Tagesmütter, also doch Aufbewahrung auf einer billigen Variante, anstatt zu sagen, dass wir flächendeckende Tageseinrichtungen wollen. Die wollen wir finanzieren, weil wenn wir die Kinder von eins bis sechs heute qualitativ hochwertig begleiten, dann haben wir nicht nur den Eltern einen Gefallen getan, damit diese ihrem Erwerb nachgehen können, sondern wir haben dann auch erreicht, dass die Kinder auch in ihrem Lernen und sozialen Umfeld sich so qualifizieren, dass sie nachher nicht nur Hauptschulen abschließen, sondern auch auf Gymnasien mitkommen können. Wenn wir die ganze Zeit davon reden, dass wir in die digitale Welt gehen, Wirtschaft 4.0, Industrie 4.0, Arbeit 4.0, dann frage ich mich, warum wir den Beitrag so nicht leisten, dass diese Kinder für ihr eigenes Wohl, aber auch für das Wirtschaften im Lande dahin gebracht werden, wo wir sie hinbekommen wollen. Ich bin ziemlich sicher, dieses Karlsruher Modell, was wir immer so hoch loben, da war bestimmt eine gute Überlegung dabei, will ich ja gar nicht absprechen, aber da ist ein Teufelskreis, wir haben privatisiert. Wir finanzieren so eine privatisierte Kita-Gemeinschaft, wir bekommen teilweise Zuschüsse vom Land deswegen nicht, weil die nämlich nur für die kommunalen Kitas sind, und wir haben keinen Einfluss auf die Qualität oder Bildung von Kitas. Es kommt dann immer das Argument, dass wir keine Räume haben.

Ich hatte schon einmal das Argument gebracht, ich sage das jetzt noch mal. Um 1&1 und wen auch immer, da wo das ECE-Center jetzt steht, wegzubekommen, den Raum für den Konsumtempel freizubekommen, da haben wir, der Gemeinderat, fünfundzwanzig Millionen Euro in die Hand genommen, nur um die Fläche freizukaufen, damit dort Privatgewerbe sich ansiedeln kann. Man kann ja sagen, dass das die Stadt will, trotzdem war das eine Subvention in die Privatindustrie, was eigentlich so nicht erlaubt ist, aber ich möchte damit Folgendes sagen. Wir nehmen nicht mal einen Bruchteil der Summe, um mitten in der Stadt Gelände freizukaufen, um eben entsprechende Tageseinrichtungen kommunal einzurichten. Andere Städte machen es anders, die gehen voran. Ich erinnere auch noch an den Gemeinderat, der damals in der Verhandlung um

das ECE-Center war, es geht mir jetzt nicht um das ECE-Center, sondern um die Sache, die da dran hängt. Da haben wir alle gesagt, wir wollen, dass da eine Kita mit drin ist, wir wollen, dass das Kammertheater da reinkommt und wir wollen dort Wohnungen. So scheinbar hat man das rausgenommen, trotzdem wurde das alles beschlossen und hingenommen.

Also die Frage ist doch, es liegt in unserer Hand hier einen anderen Schritt vorzugehen und eine Änderung vorzunehmen anstatt zu sagen, die privatisierte Tageseinrichtungskonzeption die Karlsruhe macht, ist die Richtige, die machen wir weiter. Vielleicht haben wir dann in drei oder vier Jahren keine kommunalen Kitas mehr. Wie gesagt, als wir das letzte Mal diesen Vorschlag gemacht hatten, den kommunalen Anteil zu erhöhen, hatten wir noch zwanzig Prozent. Jetzt hören wir ja alle, dass es nur noch zehn Prozent sind. Heißt das, dass das der richtige Weg ist? Ich habe nichts dagegen, dass es auch private Einrichtungen gibt, aber ich finde es richtig, dass wir den Anteil der kommunalen Kitas erhöhen und damit einen eigenen Einfluss auf die Qualität und die Preisgestaltung haben. Wir kommen aus diesem Dilemma nicht heraus, eines Tages zu sagen: Eigentlich hätten wir es viel früher..., weil seitdem ich im Gemeinderat bin sagen immer alle: Kostenfreie Kitas wären wünschenswert, aber... Das höre ich jetzt seit Ende neunundneunzig. Ich kann es auch nicht mehr hören, weil die Ausreden der Erklärung immer die gleichen sind. Die haben sich nicht geändert. Egal wie die Wirtschaft boomt.

Wir sollten uns ernsthaft überlegen, ob wir da nicht Schritte machen, und ich weiß natürlich auch, dass das Land weder in Grün-Rot, noch in Grün-Schwarz war dazu bereit beizutragen, dass wir beitragsfreie Kitas haben. Andere Bundesländer gehen da einen Schritt vorwärts. Auf Bundesebene machen es die Parteien nicht, vielleicht gibt es aber Ideen, mal ein Schritt in die andere Richtung zu gehen -

(Der Vorsitzende: Herr Stadtrat, Sie müssen zum Abschluss kommen!)

wenigstens ein Stück, aber nicht noch weniger kommunale Kitas, denn sonst haben wir nur privaten Einfluss.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Noch eine Ergänzung Herr Oberbürgermeister, die freien Träger haben im Jugendhilfeausschuss gesagt, dass sie liebend gerne ihre Beiträge gleich lassen würden, wenn sie Ausgleiche dafür bekommen würden. Das haben sie im letzten Jugendhilfeausschuss festgestellt. Wenn Sie jetzt sagen, dass das rückwirkend für die, die schon ab 01.01.2017 erhöht haben, nicht mehr möglich ist, so ist es doch möglich, künftig den finanziellen Ausgleich zu gewähren. Deshalb würden wir einfach, um ein starkes Signal als Gemeinderat zu setzen, jetzt gerne diesen Antrag abstimmen lassen, bezogen auf die künftig notwendigen Erhöhungen der freien Träger, damit die den Ausgleich bekommen, und ich bin sicher, die freien Träger werden tatsächlich dafür sorgen, dass relativ schnell die technischen Lösungen dafür entwickelt werden.

Stadtrat Cramer (KULT): Ich wollte auf das eingehen, was der Herr Kollege Fostropoulos gesagt hat und mal nachfragen, denn ich habe das nicht richtig verstanden. Sie meinen also, dass kommunale Kindergärten oder Einrichtungen besser sind als kirchliche und besser sind als private, wobei Sie sprachen die ganze Zeit von privaten, wo man

keine Kontrolle darüber hätte, also das hängt vielleicht an ihrer Grundeinstellung, welchen Einfluss der Staat auf Kindererziehung haben soll. Das kann ich jetzt nicht so leicht nachvollziehen, das geht überhaupt nicht in die Richtung, die wir meiner Ansicht nach wollen. Vor allem finde ich es eine bösertige Unterstellung, zu sagen, die Privaten machen keine gute Pädagogik, jetzt schütteln Sie mit dem Kopf, vorhin haben Sie es so gesagt, oder dass man eben keine Kontrolle in die Richtung hat. Also das will ich persönlich nicht. Jetzt winken Sie wieder ab, das ist typisch für ihre Wortbeiträge.

Der Vorsitzende: Ich möchte hier an das Thema der Vorlage erinnern. Wir diskutieren Sachen, die mit der Vorlage nichts zu haben.

Stadtrat Cramer (KULT): Trotzdem geht es mir darum, dass hier wieder wie immer von Herrn Fostiropoulos und dadurch von den Linken was in den Raum gestellt wird, was im Grunde genommen aus meiner Sicht eine Ungeheuerlichkeit ist.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Herr Fostiropoulos, es ist nicht in Ordnung, was Sie machen. Sie haben meine Aussage vorhin völlig verunglimpft. Ich habe gesagt, dass der Staat, die Stadt, schon einen sehr großen Anteil der Betreuungskosten für die Eltern übernimmt. Ich habe darauf hingewiesen, dass wir zwischen zwanzig und vierzig Milliarden für Flüchtlinge oder Migranten ausgeben und ich habe gesagt, dass wir zwanzig Milliarden im Jahr aus meiner Sicht unnützlich ausgeben, darauf hat sich das bezogen, auf die Energiewende die ihrem Ziel noch keinen Deut näher gekommen ist. Das war der Teil, der unnützlich war, nicht der andere Teil, wie Sie es behauptet haben. Das wollte ich klarstellen. Die Aussage bleibt. Wenn der Staat oder die Stadt schon einen so großen Teil übernimmt, muss es doch möglich sein, den Rest auch zu übernehmen um soziale Gerechtigkeit bei der Kinderbetreuung herzustellen. Deswegen begrüßen wir den Antrag der GRÜNEN und werden ihn auch unterstützen und gegen die städtische Vorlage stimmen.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Nur zur Klarstellung, weil hier ist auch die Presse, wenn der Lüppo etwas falsch verstanden hat, dann will ich es hier einfach kurz erläutern, damit es eben nicht falsch verstanden ist. Ich habe mich nicht über die Qualität der freien Träger geäußert, sondern darüber, wenn wir als Kommune kommunale Einrichtungen entwickeln, mehr hochwertig, gut, preisgünstig wie auch immer, dann können wir am Markt einfach ein positives Zeichen setzen und die anderen dazu motivieren, eher in die Richtung zu gehen als in die andere.

Damit ist nicht deren Qualität gemeint, sondern ich möchte gerne -

(Zuruf Stadtrat Cramer)

- Lüppo, dann haben wir wirklich eine andere Meinung! Du willst vielleicht alles privatisieren, ich will einfach, dass bestimmte Dinge wie Bildung, Gesundheit, Stadtwerke kommunal sind und auch sehr stark kommunal bleiben. Das, was dann privat ist, kann sich ja dann an der hohen Qualität, die wir wollen, orientieren und im Wettbewerb zu uns eine bessere Qualität bringen, gerne, aber ich möchte da, wo der Gemeinderat Einfluss hat und kommunale Mittel eingesetzt werden, dass wir einen eigenen Beitrag leisten und uns nicht nur auf die freien Träger verlassen oder auf die Privatwirtschaft. Nur

so habe ich es gesagt, bitte nicht meine Worte umdrehen, so gilt es und das andere gilt nicht, was Du sagst, ist nicht meine Meinung.

Der Vorsitzende: Ich möchte für das Protokoll feststellen, dass relativ viel gesundes Halbwissen über die Kindergartenfinanzierung ausgetauscht wurde, dass ich jetzt nicht alles einzeln korrigieren kann und möchte und dass wir das dann nachholen, wenn die Kommission, die von Herrn Bürgermeister schon angekündigt wurde, sich noch mal grundsätzlich mit der Kindergartenfinanzierung diese Stadt auseinandergesetzt hat. Dann ist, glaube ich auch der Wissensstand so, dass wir das in aller Ausführlichkeit machen können. Zweite Feststellung, Herr Stadtrat Fostiropoulos, wir privatisieren nicht, wir nutzen nur die Angebote privater Träger, das ist ein kleiner aber feiner Unterschied. Die sinkenden Anteile der kommunalen Einrichtungen haben etwas mit der Zunahme der Einrichtungen zu tun und nicht damit, dass wir einzelne Einrichtungen privatisieren. Das ist mir noch mal ganz wichtig an der Stelle. Man kann trotzdem sagen, dass der Weg falsch ist, das ist ja in Ordnung, aber es darf nicht der Eindruck entstehen, dass wir jetzt im Grunde unsere eigenen Einrichtungen sozusagen nach außen geben. Das ist so nicht der Fall.

Damit würde ich jetzt zum einen aufgreifen, Frau Rastätter, Sie haben gesagt, es sollen ihre Vorschläge in dieser Kommission zur Sprache kommen und jetzt haben Sie gesagt, Sie möchten doch abstimmen. Dann stimmen wir jetzt doch den Änderungsantrag der GRÜNEN ab und ich bitte um das entsprechende Votum - das ist eine mehrheitliche Ablehnung.

Es ist Ihnen unbenommen, in der Kommission ihre Vorschläge wieder vorzubringen. Wir kommen damit zur Beschlussvorlage und ich bitte um das Votum - das ist mehrheitliche Zustimmung.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten
31. August 2017